

Stellungnahme im "Fall Hannes" nach Beratung im Jugendhilfeausschuss

Der Jugendhilfeausschuss des Landkreises Oder-Spree hat in seinen vergangenen drei Beratungen öffentlich und nichtöffentlich auf Wunsch von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses sich mit dem "Fall Hannes" beschäftigt. Mitglieder des Ausschusses haben von ihrem Recht Gebrauch gemacht, die Fallakte des Jugendamtes zu lesen.

In seiner letzten Sitzung am 14. November 2019 hat sich der Ausschuss im nichtöffentlichen Teil seiner Beratung sehr ausführlich mit dem Fall, seiner Aufarbeitung und dem Interesse der Öffentlichkeit an Informationen in einer unaufgeregten und über weite Teile sehr sachlichen Debatte beschäftigt.

Im Ergebnis ist es dem Jugendhilfeausschuss mehrheitlich wichtig Folgendes festzuhalten und dem Kreistag für seine Positionsbestimmung zu übermitteln:

1.) Der Jugendhilfeausschuss weiß um die nicht immer leichte und verantwortungsvolle tägliche Arbeit der Mitarbeiter*innen in den ASD-Teams des Jugendamtes.

Er achtet die Entscheidungen, die immer auch als Einzelfallentscheidungen im Team der professionellen Fachkräfte mit den Jugendlichen und seinen Eltern gefasst werden und steht unterstützend den ASD-Mitarbeiter*innen zur Seite, wenn es gilt, steuernd und planerisch die Qualität der Jugendhilfen in Oder-Spree weiterzuentwickeln.

Wir wissen, dass unsere Aufgabe nicht das Tagesgeschäft ist, sondern vertrauen hier den Mitarbeiter*innen im ASD des Jugendamtes.

Auch deshalb ist es uns wichtig, solidarisch zu den im Fall "Hannes" in der Kritik stehenden Mitarbeiter*innen zu sein.

Vorverurteilungen, Beleidigungen und Bedrohungen helfen hier in keinsten Weise weiter und sind allemal ungeeignet, sachlich eine Analyse im Fall Hannes dergestalt vorzunehmen, die mögliche Rückschlüsse auf eine notwendige Evaluation u.a. der "Konzeption des Allgemeinen Sozialen Dienstes des Jugendamtes des Landkreises Oder-Spree" ziehen lassen.

2.) Auch aus diesem Grund ist es dem Jugendhilfeausschuss wichtig, weitere noch offene Fragen aus dem "Fall Hannes" mit dem Jugendamt und mit dem klaren Ziel der Evaluation u.a. der "Konzeption des Allgemeinen Sozialen Dienstes des Jugendamtes des Landkreises Oder-Spree" im Jugendhilfeausschuss zu erörtern. Wir wollen verstehen, lernen und für die Zukunft gerüstet sein.

Hierbei gilt es Methoden, Abläufe und Wirkungen nochmal zu evaluieren und ggfs. gemeinsam mit dem ASD, den Träger der freien Jugendhilfe und dem Jugendhilfeausschuss zu qualifizieren.

Dazu plant der Jugendhilfeausschuss ein gemeinsames Fachgespräch mit den ASD-Mitarbeiter*innen, der Beratungs- und Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe Brandenburg "Boje" e.V. und den Trägern der erzieherischen Hilfen im Landkreis Oder-Spree im 1. Quartal des Jahres 2020.

3.) Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Landrat der unabhängigen Beratungs- und Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe Brandenburg "Boje" e.V. monatliche Sprechstunden für "Ratsuchende bei Konflikten mit dem Jugendamt", ähnlich wie zum Beispiel im Landkreis Havelland, zu ermöglichen.

Ebenso empfehlen wir im Hilfeplanverfahren standardmäßig auf das unabhängige, vertrauliche und für die Betroffenen kostenfreie Beratungsangebot der landesweiten Ombudsstelle Boje e.V. hinzuweisen.

Stephan Wende
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses